

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 315
Zust.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Zust.-Nr.: Elbgaupresse Dresden, Postfach 216
Postfach-Nr.: 217 Dresden

Tageszeitung für das sächsische Dresden und seine Bezirke.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeindegewerkschaft, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Dörner & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Werner, beide in Dresden.

Erste Ausgabe täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. | Anzeigen werden die 4. Spalte des Blattes mit 20 Goldpreisen berechnet, Resten bis 4 Spalten mit 50% Aufschlag. Resten mit 100 Goldpreisen. Anzeigen u. Resten mit 100 Goldpreisen und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf die 1. und 2. Zahlungen, nicht auf die 3. und 4. Zahlungen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

215

Dienstag, den 15. September

1925

Die Krankheit der deutschen Wirtschaft

Preisbildung nicht nach den Produktions-, sondern nach den Verteilungskosten, um den ausgeblähten Verteilungsapparat zu erhalten

Eine Rede Dr. Schachts auf dem Bankiertag

In der gestrigen Eröffnungssitzung des 6. Allgemeinen Deutschen Bankiertages hielt nach dem Vorsitzenden Geheimrat Nieber und dem Reichswirtschaftsminister Reubhaus

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

eine bemerkenswerte Rede über die Reichsbankpolitik und die Bekämpfung des ausgeblähten Wirtschaftsapparates. Er führte dabei u. a. aus:

„Mehr als in früherer Zeit bedarf die Reichsbank heute der engen Fühlung und des engen Vertrauens seitens der großen Öffentlichkeit. Unter der neuen Bankgesetzgebung ist die Reichsbank mit einer Selbständigkeit ausgestattet, die ihrer Leistung eine Verantwortung von höchstem Maße auferlegt. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum das Reichsbankdirektorium den größten Wert darauf legt, die wichtigsten Wirtschaftsfreie mit den Grundfragen der Reichsbankleitung vertraut zu machen und

die breite Öffentlichkeit über die Tragweite gesunder Währungs- und Kreditmaßnahmen aufzuklären.

Der Redner wies darauf hin, daß der Bankiertag unter dem Zeichen einer ersten Wirtschaftskrise stehe, die zwar vornehmlich durch die außerordentliche Kapitalknappheit entstanden ist, die aber im übrigen nicht nur auf materiellen Umständen beruht, sondern zu einem großen Teile auf psychologischen. Das gilt in erster Linie von der Frage des Preisabwärtens.

Es ist kein Zweifel, daß unsere Preisbildung nicht in erster Linie von den Produktionskosten, sondern in erheblichem Umfange von den Verteilungskosten bestimmt wird.

Es wird vielfach nicht gefragt, wie billig kann diese Ware an das Publikum gelangen, sondern wie teuer muß die Ware sein, um den nun einmal doch bestehenden ausgeblähten Apparat am Leben zu erhalten.

Der Redner forderte die Teilnehmer des Bankiertages auf, mit ernstem Willen daran zu arbeiten, diesen ausgeblähten Apparat einzuschränken. Er erklärte weiter: Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Herabsetzung der Zinssätze zwar die Produktion zu verbilligen vermag, aber die rasche Abwertung von Waren seitens des Handels nicht begünstigt.

Es wird deshalb über die Frage der Zinssätze hinaus die Kreditpolitik darauf zu achten haben, daß die spekulative Zurückhaltung von Warenbeständen unterbleibt.

Bedauerlich ist es, daß gewisse extreme Elemente von links und rechts die bestehende Teuerung zum Anlaß nehmen, um die Währungspolitik der Reichsbank zu diskreditieren und in die Bevölkerung eine Beunruhigung dadurch zu tragen, daß sie diese Teuerung als Währungsinstabilität bezeichnen.

Für die auf völliger Verkennung der Tatsachen beruhenden Angriffe, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in die maßvolle, erfindungsreiche Stabilisierung der Währung erschüttern können, ist kein Wort der Verurteilung schärfer genug.

Ich habe, so sehr er fort, mit all den vielen Einzelheiten, die durch die Inflation geschädigt sind, das größte Mitleid, ich bin aber überzeugt, daß die deutsche Allgemeinheit nichts Schlimmeres wünschen soll, als einen neuen Währungsverfall. Die Politik der Reichsbank muß begünstigt werden von allen Seiten, die das Wohl des Ganzen über das Wohl des Einzelnen stellen. Der Reichsbankpräsident hob dann weiter hervor, daß die gegenwärtigen Verhältnisse eine Änderung der bisherigen Währungs- und Kreditpolitik der Reichsbank nicht erlauben.

Die Zwischenbilanz der Völkerbundsversammlung

Das „tot“, „lebende“, zu den Akten gelegte Protokoll

Eine Woche lang wurden im Rahmen der Debatte über den Geschäftsbericht Erklärungen abgegeben, nicht über das, was der Völkerbund geleistet hat — hierüber sprach nur Ranken, der das gewalttätige humanitäre Verbrechen der Flüchtlingsfürsorge schilderte — sondern über das, was er nicht geleistet hat.

„Das Protokoll ist tot“, erklärte im Auftrage seiner Regierung Chamberlain, indem er vor dem großen Parterre von Staatsmännern und Juristen wiederholte, was er im März vor dem kleinen Komitee der Ratstagung sprach und entschieden gelagert hatte. Das Protokoll mit seinem Ziel, den Frieden Europas durch ein allgemeines System auf dem Status quo des Versailles-Vertrages zu verankern, mit seinen Sanktionsmaßnahmen, die wie eine Organisation des Krieges, nicht des Friedens, aussehen, dieses Protokoll soll nach dem Willen Großbritanniens begraben bleiben.

Der tiefere Sinn der britischen Erklärung ist der, daß Großbritannien und die Dominions sich nicht verpflichten wollen, ihre Kräfte mittelbar den europäischen Hegemonialinteressen Frankreichs und der kleinen Entente zu leihen, und hinter einem Frieden Worte zu stehen, der ein Frieden Frankreichs ist.

Darum kein allgemeines System, sondern Spezialabkommen zur Sicherung der bedrohten Linie des Friedens, und kein britisches Eingreifen ohne eine Entscheidung des Rates und ohne Zustimmung des britischen Parlaments und der Dominions.

„Das Protokoll lebt“, verkündete hingegen Frankreichs Sprecher.

Paul-Boncour, mit dem ganzen Glanze französischer Beredsamkeit, und zwar mit größter Geschicklichkeit der gesuchten neuen Lösung alle Bedenken entgegen. Eines Tages werde man zum Protokoll zurückkehren, die Sonderabkommen sollen wieder zu ihm hinführen. Der belgische Vertreter, Oymans, legte bezeichnenden Wert auf die Betonung, daß die neuen Abkommen die auch unter dem allgemeinen Regime des Protokolls unentbehrlich seien, keine neue Auflage der alten militärischen Bündnisse gegen einen bestimmten Feind sein sollen. Die belgische Politik steht auf der britischen Linie. Belgisches Handeln wird durch das Bestreben bestimmt, nicht auch Schachspiel eines Krieges zu werden, den ein separates Vorgehen Frankreichs entstehen könnte. Die Vertreter der kleinen Entente, Estragnoli und Benesch, widmeten dem Protokoll vorläufig gehaltenen Nachrufe, verbunden in der Vereinstagsklärung zur Mitwirkung an Sonderabkommen und dem Ausdruck der

Hoffnung auf die Auferstehung des Protokolls. Italiens Vertreter, Scialoja, wies darauf hin, daß er seit dem Ausbruch des Protokolls und seine Einseitigkeit aufmerksam gemacht habe, und sprach der rein juristischen Auffassung vom Kriege, die den Kern des Protokolls nicht treffe, den Satz aus, daß Kriege auch aus tiefen sozialen Ursachen entstehen, und daß, wenn der Krieg juristisch betrachtet zum Verbrechen erklärt werde, er auch eine Krankheit bedeute, gegen die man Mittel finden müsse. An der Beendigung dieser Kriegsbotschaften mitzuwirken, sei eine Aufgabe des Völkerbundes. Hier sprach der Vertreter eines auf engem Raume stark wachsenden Volkes, das immer damit rechnet, eines Tages um weiteren Lebensraum kämpfen zu müssen, und der Wortführer einer Politik, die sich ebenso wenig zum Garantien besonderer Interessen Frankreichs und seiner Verbündeten machen will, wie derjenige Großbritanniens. In welchem Maße Italien dann an der Konferenz teilnehmen und sich in das neue System einordnen will, wird erst in einem späteren Stadium zu erkennen sein.

Das nächste Stadium der Aussprache ist: das Protokoll ist zu den Akten gelegt.

Das nächste Stadium ist die Außenministerkonferenz. Inzwischen wird aus Pariser Meldungen schon erkennbar, daß die Vertreter des von Frankreich gewünschten Friedenssystems alle taktischen Ränke spielen lassen, um von ihren Wünschen soviel wie möglich in die kommende Konferenz hinführen zu können. Hierüber wird bereits in Paris verhandelt. Der Völkerbund, der die Plattform für die öffentliche Aussprache lieferte und die an sich unauflösbare Widersprüchlichkeit der vertraulichen Besprechungen gewährt, wartet ab, ob das Ergebnis der abseits von Genf sich abspielenden Verhandlungen wieder zu ihm hinführen wird. Er ist Zuschauer. Seine Rolle ist durch den Umstand bestimmt, daß die neue europäische Moral, die Paul-Lucas erst hat, in Genf noch nicht geschaffen wurde. Darum steht über dem Reformationsbunde das Fragezeichen, das über dem heutigen Europa steht. Für den Fall eines günstigen Ergebnisses der Konferenz will der von Spanien eingebrachte Antrag den neuen Anknüpfungspunkt für den Völkerbund liefern. Er begrüßt die Anstrengungen einiger Nationen, durch den Abschluß von gegenseitigen Sicherheitsverträgen die schließliche Regelung internationaler Differenzen zu fördern. Spricht den Wunsch aus, daß solche Abkommen die ganze Welt umfassen und fordert den Rat auf, diese Pakte nach ihrem Zustandekommen zu prüfen und der nächsten Versammlung darüber zu berichten. Der Rat wird aufgefordert, die Organisation der Abrüstungskonferenz für den Zeitpunkt vorzubereiten, an dem die Vorbedingungen dazu hergestellt sind.

Er schloß mit einem Appell an das Verantwortungsgewissen der Vertreter des Bankwesens und sprach die feste Überzeugung aus, daß das deutsche Bankwesen den schwierigen Zeitverhältnissen Rechnung tragen werde. (Beifall anhaltender Beifall.)

Dr. Luther an den Bankiertag

Reichskanzler Dr. Luther hat an den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes das nachstehende Telegramm gerichtet: Dem 6. Deutschen Bankiertag, der sich zu wichtigen Erörterungen in Berlin versammelt hat, wünsche ich besten Erfolgs seiner Beratungen. Mehr denn je ist es heute in die

Hände des Bankgewerbes gelegt, den Wiederaufbau der deutschen Gesamtwirtschaft wirkungsvoll zu fördern. Besonders ist auch die wirksame Arbeit des Bankgewerbes an der gerade jetzt dringend gebotenen Preisgestaltung auf angemessener Höhe von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Eine Senkung der Sätze für Kreditprovisionen, die weitere Förderung der Konzeptionen überhaupt, wird wesentlich dazu beitragen, die überhöhten Preise zahlreicher Warengruppen auf ein gerechtfertigtes Maß zurückzuführen. Ich vertraue darauf, daß das Bank- und Bankiergewerbe kraft seiner Führerschaft im Wirtschaftsleben diese Aufgabe erfüllen wird.

Der Kampf hinter den Kulissen

Reichskanzler Dr. Luther hat die zum Teil auf Urlaub im Auslande weilenden Mitglieder des Reichskabinetts auf Montag, den 21. September zu der entscheidenden Kabinettsitzung eingeladen, in welcher Beschluß gefaßt werden soll darüber, ob Deutschland der an ihm ergangenen Einladung zu der bevorstehenden Konferenz über den Sicherheitspakt teilnehmen soll. Zu gleicher Zeit wird man sich im Kabinett über die zweite, in letzter Zeit fast noch häufiger erörterte Frage schlüssig werden müssen, wie und durch wen Deutschland auf dieser Konferenz zu vertreten ist. D. h. also, um es kurz zu sagen, ob der deutschnationale Reichsinnenminister Schiele die Streifmann begleitet oder nicht. Damit tritt ein Kampf in die Phase der Entscheidung, der, wie man gleichfalls weiß, in den letzten Wochen mit steigender Kraft hinter den Kulissen geführt worden ist.

Im deutschnationalen Parteilager hat man aus zahlreichen Entschlüssen ebenso zahlreicher Organisationen im Lande den bestimmenden Eindruck erhalten, daß die Wählererschaft nicht mehr recht mitmachen will. Es hege Proteste, man fordere Klarheit. Die Parteileitung und die führende deutschnationale Presse bestreiten demgegenüber, daß die Deutschnationalen sich mit Haut und Haaren zu Erfüllungspolitikern umgewandelt hätten, und wenden sich dagegen, daß diese Anschauung auch in deutschnationalen Kreisen vertreten werde. Es sei, so wird weiter beruhigend ausgeführt, allerdings ein ungerichteter Standpunkt, wenn man innerhalb der deutschnationalen Wählererschaft geglaubt habe, daß durch den deutschnationalen Eintritt in die Regierung sofort der sichtbare, radikale Umschwung in der Politik nach außen und innen eintreten könnte, den viele erwartet hätten. Vielmehr könne eine solche „Abkehr“ nur schrittweise erfolgen. Parteioffiziös wird der Anhängerische Tenor mit der Aussicht und der Hoffnung gewinkt, daß die bisherige Politik des Auswärtigen nur Scheinwaden gedient habe, nämlich dem Ziele, die Gegenpieler zur Aufdeckung ihrer Karten zu zeigen, und daß „der diplomatische Spaziergang eigentlich schon lange ausgebeutet“ worden sei.

Ganz abgesehen von dem außenpolitischen Schaden, der durch solche Andeutungen von führender deutschnationaler Seite, — es handelt sich dabei in erster Linie um die „Kreuzzeitung“ — verursacht zu werden droht, sind sie auch deshalb zu verurteilen, weil die deutschnationale Anhängerschaft doch schließlich auch die Absicht merkt und verurteilt wird. Immerhin wird der Kampf hinter den Kulissen in der Deutschnationalen Volkspartei jetzt erst richtig anheben. Wobei man zu bedenken haben wird, daß eine Ablehnung der Beteiligung Deutschlands an der bevorstehenden Konferenz außenpolitische Folgen von geradezu unabsehbarer Tragweite nach sich ziehen würde, und daß sie innenpolitisch den Zusammenbruch der jetzigen Regierungskoalition, den Sturz des Kabinetts Luther bedeutete.

Doch wird der Kampf nicht nur in den deutschnationalen Reihen zur Entscheidung kommen müssen, er dürfte auch von anderer Seite noch eine Verstärkung erfahren. Vor allem dürfte die Deutsche Volkspar-